

Unter der Woche
Jürgen Busche

Wie früher auf dem Schulhof: Jeder weiß was über die SPD

Es war wohl so, dass der Focus-Herausgeber Helmut Markwort ein Geraune über den bevorstehenden Rücktritt des österreichischen Bundeskanzlers Werner Faymann missverstanden hatte. Und so teilte er in seiner Stammtisch-Sendung im bayerischen Fernsehen mit, Sigmar Gabriel werde in Kürze als SPD-Vorsitzender zurücktreten. So etwas kann passieren in unseren Südstaaten. Was nicht passieren sollte, ist dies: In den folgenden drei Tagen sprangen fast alle deutschen Medien im Dreieck und spekulierten wild, dementierten scharf oder gaben sich nachdenklich. Was wird aus der SPD?

Die SPD befindet sich derzeit in der Rolle, die Ende 2015 die CDU einnehmen musste. Sie wird niedergedredet, niedergeschrieben. Es ist wie beim Petzen in der Schule. Wenn erst die Schleusen geöffnet sind, weiß jeder etwas. Davon lebt heute die Berichterstattung über Politisches. Begleitet und angefeuert wird das durch Umfragen, die in dichter Folge präsentiert und in Bildern vorgestellt werden, die Bundesligatabellen gleichen. Jeder Politiker, der in seinem Amt wenig taugt, kann sich dabei wichtig machen, indem er warnend, mahnend oder nur schimpfend auf den Plan tritt. Die Nachrichtensendungen sind voll davon. Die Zeitungen auch.

Die Medien sind zudem angefüllt mit Berichten über das Innenleben der Parteien, nicht nur auf Bundesebene. Die Landesparteien sind auch ein Thema. Da gibt es jeweils mehrere in 16 Bundesländern und so kommt einiges zusammen. Ob das stimmt, was fleißig kolportiert wird, ist keine Frage mehr. Aus Fraktionssitzungen teilt nicht selten ein Anonymus dem Berichterstatter mit, wie heftig man die Kanzlerin angegangen habe. Oberstes Gebot: Quellenschutz, als seien die Hauptstadtbüros von Polizeireportern bevölkert. Ob irgendjemand von den Abgeordneten fürchtet, er werde von der Merkel nach Hohenschönhausen geschickt, weil er geplaudert hat?

Parallel dazu wächst das Interesse an der AfD und wird reichlich bedient. Auch das legt einen Vergleich mit Donald Trump in Amerika nahe. Die New York Times hat errechnet, dass Trump durch den Stil seines Wahlkampfes so sehr das unpolitische Interesse der Medien erregt hat, dass er kostenlose Sendezeiten im Wert von 1,9 Milliarden Dollar bekam. Trump kann man das nicht vorwerfen. Die AfD-Leute sind politisch gleich uninteressant wie er, können aber ebenso gut auf den Putz haufen. So wird unablässig über sie berichtet, so gelten sie jetzt schon als angekommen. Um Politik geht es da nicht mehr. Und daran soll dann irgendwem auch wieder die Merkel schuld sein.



Deutsche Soldaten sind auf Übersetzer angewiesen

hört. Vom Bundesentwicklungsministerium (BMZ) und seinen untergeordneten Behörden werden aber immer noch etwa zwei Drittel aller Anträge abgelehnt. „Ich habe den Eindruck, dass das BMZ den Ernst der Lage nicht wirklich erkennen möchte“, sagt Mesovic. „Man möchte beweisen, dass man ein Land aufbauen kann.“ Gefährdete Ortskräfte passen da offenbar nicht ins Bild. Dabei seien auch Entwicklungshelfer gefährdet. „Die Taliban unterscheiden nicht zwischen Ortskräften der Bundeswehr und jenen anderer deutscher Stellen.“

„Die Gefahr, die ich auf mich nahm, die zählt hier nicht“

Besonders prekär scheint die Lage der Ortskräfte der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Zwei Dutzend von ihnen sollen nach dem Fall von Kunduz ihrem Schicksal überlassen worden sein. Die GIZ weist das zurück. Sie nehme die Fürsorgepflicht sehr ernst. Auch afghanische Mitarbeiter seien „in das Sicherheitssystem der GIZ eingebettet“ und würden „ständig mit Informationen und Sicherheitsempfehlungen versorgt“, wie ein Sprecher sagt. „Wir unterstützen unsere Mitarbeiter in jeder Situation, in der sie sich bedroht fühlen.“

Manche Ortskräfte schaffen es, über das gesonderte Verfahren eine Aufenthaltserlaubnis in Deutschland zu bekommen. Ahmad Jawad (Name geändert) gehört zu ihnen. Mehr als zehn Jahre arbeitete er für deutsche Dienststellen in Afghanistan, darunter das Auswärtige Amt. Im Frühjahr 2015 kam er nach Deutschland, zusammen mit seinen Eltern. Seine volljährige, aber ledige Schwester konnte er nicht mitnehmen. Nun erhält er 400 Euro monatlich vom Staat, keine andere Hilfe. „Die Gefahren, die ich auf mich genommen habe, dass ich meine Heimat verlassen musste, das alles zählt hier nicht.“

Jawad hatte noch Glück. Über seinen Antrag wurde in zwei Monaten entschieden, das ist vergleichsweise schnell. Oft jedoch dauern die Prüfungen sehr lange, und die Erfolgsaussichten halten sich in Grenzen. Das führt dazu, dass viele Menschen auf eigene Faust das Land verlassen und irgendwann über diverse Fluchttroups und ohne ihre Familien Deutschland erreichen. In den Statistiken der Bundesregierung tauchen sie nicht auf.

In Deutschland bekommen sie Hilfe vom „Patenschaftsnetzwerk Afghanische Ortskräfte“, Marcus Grotian, Oberleutnant der Bundeswehr, rote Haare, markante Gesichtszüge, ist Vorsitzender des Vereins. „Das sind Menschen, die sich aktiv für uns entschieden haben und fliehen müssen, weil sie uns geholfen haben“, sagt er. „Es ist wichtig, dass ihnen allen geholfen wird.“ Mittlerweile hat der Verein 60 Mitglieder – Sozialarbeiter, Psychologen, Bundeswehresoldaten, Diplomaten.

Angst vor der Rückkehr

Sie helfen ehrenamtlich Hunderten Ortskräften, darunter Aria und Jawad, etwa bei der Suche nach Wohnungen, beim Ausfüllen schwer verständlicher Behördenpapiere oder komplizierten BafoG-Anträgen für die Studenten unter ihnen. „Wir haben gesehen, dass es nicht läuft. Von staatlicher Seite passierte zu wenig“, sagt Grotian. Zwar gebe es Patenschaftsprogramme der Bundeswehr und der Polizei, die die Eingewöhnung in Deutschland erleichtern sollen. Doch seien diese Angebote weniger vernetzt und untereinander kaum vernetzt. Es sind Freiwillige, die nun die Arbeit des Staates machen.

Bei manchen Problemen kann aber auch der Verein nicht helfen. „Wenn der Innenminister von sicheren Herkunftsgebieten in Afghanistan spricht, dann betrifft das letztlich auch die Bleibeperspektive der Ortskräfte hier in Deutschland“, sagt Jawad. „Dabei sind selbst sogenannte sichere Provinzen nicht sicher vor den Taliban.“ Er fürchtet, dass Deutschland ihn eines Tages zur Rückkehr zwingen könnte. Das macht ihm Angst: „Wer einmal für deutsche Stellen arbeitete, hat danach noch sehr lange Probleme.“

Die Zurückgelassenen

Flüchtlinge Afghanische Ortskräfte der Bundeswehr werden oft bedroht. Schutz in Deutschland bekommen nur wenige

■ Matthias Jauch

Kurz vor Masar-e Scharif sieht er sie im Rückspiegel kommen. Zwei Motorräder rasen heran, versuchen sein Auto zum Halten zu bringen. Auf jedem Motorrad sitzen zwei Männer, die hinteren sind bewaffnet. Jamshid Aria fürchtet um sein Leben. Er weiß: Das sind Taliban. Er drückt das Gaspedal nach unten, kurz vor der Stadtgrenze weichen die Verfolger zurück.

Vor diesem Tag im August 2015 hat Aria bereits drei Jahre lang Morddrohungen erhalten. In Briefen und am Telefon drohten die Taliban immer wieder damit, sein Leben und das seiner Familie auszulöschen. Heute kann er darüber sprechen, er lebt in Hamburg. Seinen richtigen Namen will er trotzdem nicht in der Zeitung lesen, er hat immer noch Angst.

Zweieinhalb Jahre arbeitete der heute 23-Jährige als Dolmetscher einer Bundeswehrereinheit nahe Masar-e Scharif. Der Job sollte seine Familie über Wasser halten und ein späteres Studium finanzieren. „Für die Taliban bin ich dadurch zum Verräter geworden.“ Im Juli 2013 quittierte er den Dienst, doch die Drohungen hörten nicht auf. „Die vergessen nicht, für wen du gearbeitet hast. Als Ortskraft ist man bekannt.“

Im Jahr 2014 sucht er Schutz und stellt eine Gefährdungsanzeige bei der Bundeswehr. 2015 versucht er es erneut. Beide Male wurde er fast vier Monate auf eine Antwort. Es bestehe eine „latente Bedrohung“, heißt es in der zweiten Prüfung, doch für eine Einreisegenehmigung nach Deutschland reicht das nicht. Aria beschließt, alleine zu fliehen, erreicht Deutschland und lebt seit vergangener Herbst das Leben eines Flüchtlings mit schlechter Bleibeperspektive: Allein fünf Monate wartet er auf eine Registrierung, einen Termin für das entscheidende Interview hat er noch immer nicht. Viele Sprachkurse, auch ein Integrationskurs, sind ihm mit seiner dreimonatigen Aufenthaltsgestattung verwehrt. Er ist deprimiert: „Ich musste mein Leben aufgeben, weil ich für die Bundeswehr gearbeitet habe.“ Jetzt fühlt er sich im Stich gelassen.

Schlechte Sicherheitslage

Aria ist einer von vielen hundert Ortskräften, die die Bundeswehr während ihres ISAF-Einsatzes in Afghanistan beschäftigte. Zählt man die Kräfte des Auswärtigen Amtes und des Innenministeriums hinzu, sind es rund 1.600 ehemalige Helfer. Noch immer arbeiten mehr als 500 Afghanen für die deutsche Ministerien, weitere 1.500 für die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und die Kreditanstalt für Wiederaufbau, meist als Dolmetscher, Wachleute der Feldlager oder ortskundige Fahrer. Sie bauen die Brücken zwischen den deutschen Soldaten und Entwicklungshelfern auf der einen Seite und der afghanischen Bevölkerung auf der anderen.

Viele werden bedroht, oft bereits während sie noch für deutsche Stellen arbeiten. Gerade für die Ortskräfte des ausländischen Militärs ist die Lage dramatisch. Als die Bundeswehr Ende 2015 aus Kunduz abzog, blieben Aria und viele seiner Kollegen

„Die vergessen nicht, für wen du gearbeitet hast. Du bist bekannt“

zurück. Die Sicherheitslage hat sich zuletzt dramatisch verschlechtert. Im vergangenen Jahr sind mehr als 150.000 Afghanen nach Deutschland geflohen. Für die ehemaligen Ortskräfte ist es besonders gefährlich. Bernd Mesovic von der Organisation Pro Asyl sagt: „Die Eroberung von Kunduz durch die Taliban im vergangenen Oktober hat die Bedrohung der dortigen Ortskräfte erheblich verschärft.“

In der Theorie hilft Deutschland den Betroffenen. Schon im Herbst 2013 hat die Bundesregierung beschlossen, einen Teil der Ortskräfte hier aufzunehmen. Liegt eine „individuelle Bedrohung“ vor, kann eine Aufnahmehesung nach Paragraph 22 des Aufenthaltsgesetzes erteilt werden. Die Ortskraft darf mit ihrer „Kernfamilie“ einreisen und hierzulande sofort arbeiten.

Allerdings muss dafür der Antrag positiv entschieden werden. Deutsche Stellen in Afghanistan benennen sogenannte Responderverantwortliche, sie prüfen die Gefährdung ihrer Ortskräfte. Nur bei positivem Urteil wird eine Gefährdungsanzeige an das Auswärtige Amt und das Innenministerium weitergeleitet, auch nachrichtendienstlich wird geprüft – es ist ein langwieriger Prozess. Pro Asyl kritisiert die Intransparenz: „Es bleibt völlig im Dunkeln, was zur Ablehnung eines Bescheides führt“, sagt Mesovic. Außerdem gebe es keine Möglichkeit, rechtlich gegen einen Bescheid vorzugehen.

Das Innenministerium hält dagegen: Die Bundesregierung entscheide „im Zweifel für die Ortskraft“. Die Praxis erweckt einen anderen Eindruck. Bis Mitte März 2016 wurde mehr als die Hälfte der 1.853 Anträge abgelehnt. Blickt man nur auf die vergangenen sechs Monate, kann dem Fall von Kunduz, hat sich die Anerkennungsquote der Bundeswehr zwar deutlich er-

ANZEIGE

der Freitag

radioeins

www.radioeins.de
www.freitag.de/salon

„Was können wir von den Grünen politisch erwarten?“

der radioeins und Freitag Salon
Jakob Augstein im Gespräch mit Dr. Simone Peter

30.05.

Beginn: 20.00 Uhr
Eintritt: 8 Euro, ermäßigt 5 Euro
Ort: Maxim-Gorki-Theater, Studio 9, Hinter dem Gießhaus 2, 10117 Berlin
Karten sind im Maxim-Gorki-Theater erhältlich, www.gorki.de